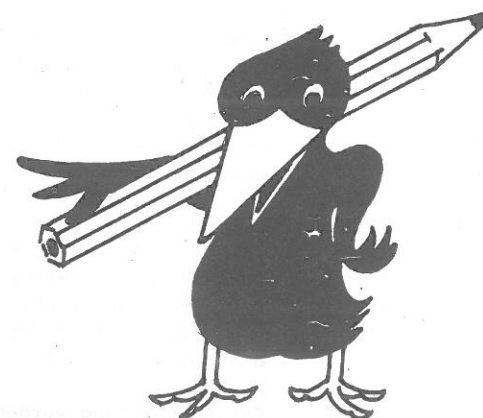




Viele Menschen in unserem Land halten Politik immer noch für ein schmutziges Geschäft und meinen, daß man mit Parteien möglichst wenig zu tun haben sollte. In Bayern flog eine Schülerin von der Schule, weil sie sichtbar eine Plakette trug mit der Aufschrift "Stoppt Strauß". Das war in Bayern. Aber wie ist es bei uns? In unserer Nachbarstadt Meinerzhagen beschloßen die Vereine, daß sie sich nicht am Stadtfest beteiligen würden, falls auch Parteien mitmachen. Da werden Vorstellungen offenbar, die unserer Demokratie nicht gut tun! Politische Toleranz aber auch Mut zur Politik von uns allen sind notwendig, um das zu halten und auszubauen, was in unserem Land Demokratie bedeutet. Wir wollen niemand verteufeln, aber Franz Josef Strauß ist nun mal sicher nicht der Politiker, von dem man erwarten kann, daß er Ausbau der Demokratie und politische Toleranz sich als oberste Ziele gesetzt hätte. Sein Umgang mit politischen Gegnern zeigt dies ständig.

Liegt es vielleicht doch nicht so sehr an unseren Mitbürgern selbst, sondern mehr an Politikern wie Strauß, daß man Politik für ein schmutziges Geschäft hält? Viele CDU-Wähler und Mitglieder hoffen mit uns, daß mit dieser Bundestagswahl die Vorstellung ein für alle Mal zu Ende sein wird, Strauß könne Kanzler werden. Dazu brauchen wir Ihre Stimme am 5. Oktober!

Dies ist ein Punkt, weshalb wir meinen, daß Strauß nicht Kanzler werden darf! Es gibt andere! Seine politische Freundin, Margret Thatcher, zeigt zur Zeit in England deutlich, was wir von einer Strauß'schen Wirt-

Mit freundlichen Grüßen



Fritz Schmied

Günter Topmann zur Verkehrspolitik:
"QUALITÄT GEHT VOR QUANTITÄT"

Wie andere Städte des Märkischen Kreises auch, wird Kierspe in absehbarer Zeit eine Ortsumgehung erhalten, die endlich die immer unzumutbarere Belastung der innerörtlichen Bevölkerung durch die alte Bundesstraße 237 beenden soll. Die neue Trasse, die in der jetzt vom Bundestag verabschiedeten Änderung des Bundesfernstraßengesetzes in die erste Dringlichkeitsstufe erhoben wurde, wird den Durchgangsverkehr von der Innenstadt fernhalten und trotzdem eine lupenreine Anbindung Kierspes an das Gesamtstraßennetz gewährleisten. Damit ist nun auch in Kierspe den schon seit langen Jahren von Bürgern und Verwaltung geäußerten Wünschen nach einer qualitativen Verbesserung der Wohn- und Arbeitsumwelt entsprochen worden.

Dies entspricht den Zielen sozialdemokratischer Verkehrspolitik. Der Bau und Ausbau von Straßen ist seit geraumer Zeit nicht mehr eine reine verkehrs- und wirtschaftspolitische Angelegenheit, sondern berührt in zunehmendem Maß gesellschaftspolitische Problembereiche. Das immer stärker werdende Problembewußtsein vieler Bürger hat sich vielerorts am Straßenbau entzündet. Bürgerinitiativen entstanden oftmals dort, wo die natürliche Umwelt durch ein "Zubetonieren" der Landschaft gefährdet gesehen wurde. Dem daraus manchmal resultierenden Zusammenprall zwischen Planungsbürokratie und einzelnen Bürgern standen - dies kann in aller Deutlichkeit gesagt werden - örtliche wie Landes- und Bundespolitiker zunächst in ziemlicher Hilflosigkeit gegenüber.

Doch hat das stetige Engagement und die zunehmende Kritikbereitschaft der mehr Demokratie wagenden Bürger auch bei vielen Politikern zu einem Umdenken geführt, das sich im Bereich der Verkehrsplanung bei der SPD im Leitsatz "Qualität geht vor Quantität" spiegelt. Zielvorstellungen auch eines sozialdemokratischen Verkehrsministers, der jedem Ort der Bundesrepublik eine nur wenige Kilometer entfernte Autobahnanbindung verschaffen wollte, sind revidiert worden. 5000 Kilometer Autobahnplanung wurden ersatzlos gestrichen, weitere 2000 Kilometer zugunsten des Ausbaus bestehender Fernstraßen verändert. Die Erweiterung und Erhaltung der Substanz im vorhandenen Straßennetz der Bundesrepublik sind so zu wesentlichen Grundlagen sozialdemokratischer Planungsüberlegungen gekommen.

Dabei hat sich der Straßenbau an gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten zu orientieren und muß in erster Linie dem Ziel dienen, die Lebensbedingungen in allen Teilen unseres Landes zu verbessern. Verkehrsplanung darf deshalb weder unter rein ökonomischem noch rein ökologischem Blickwinkel betrachtet werden. Eine derartige Isolation einzelner Ziele dient selten den Interessen aller Bürger. Wo trotz aller Abneigung gegen den Bau neuer Straßen das Auto als individuelles Verkehrsmittel bei einem Überwiegenden Anteil der Bevölkerung seinen hohen Stellenwert bewahrt hat, kann an manchen Orten nicht auf Straßenneubauten verzichtet werden.

Dies schließt die Bereitschaft zum Kompromiß ein: Kompromiß zwischen den politischen Parteien wie zwischen ihnen, den Verwaltungen und dem einzelnen Bürger. Vor dem Neu-

bau einer jeden Straße müssen alle Alternativmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Dies gilt selbst dann, wenn ein bereits im Detail vorliegender Bauplan aufgrund von Anregungen der Bürger zu ändern ist. Scheinbare Sachzwänge dürfen nicht zum Maßstab von Planungen werden, die sich auf unter Umständen überholte Zielwertvorstellungen gründen. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung, die dem Wunsch nach größerer Demokratisierung aller Lebensbereiche entspricht, darf nicht durch bürokratisches Handeln schon im Anfangsstadium erstickt werden.

Im Märkischen Kreis sind in den zurückliegenden Jahren für alle den Bundesstraßenbau betreffende Probleme Lösungsmöglichkeiten gefunden worden. Dies ist mit Sicherheit nicht zuletzt auf die manchmal schwierige, aber trotzdem vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beteiligten Bürgern, Verwaltungen und Politikern zurückzuführen. Beweis genug dafür, daß auch in einem so umstrittenen Bereich wie dem Straßenbau mit Vernunft, Augenmaß und Kompromißbereitschaft den Interessen aller gedient werden kann.



DER ABGEORDNETE UND DAS GLÄSERNE

SPARSCHEIN

Viele Gratulationen bekam Dieter Aderhold (SPD) zu seiner Wahl in den Landtag. Für alle dankt er herzlich, besonders auch noch einmal für den großartigen Vertrauensbeweis durch die Wähler in unserer Stadt.

Unter den Glückwünschen, die von den verschiedenen Verbänden an die Landesparlamentarier geschickt wurden, paßte einer besonders gut zu Aderholds neuer Aufgabe in Düsseldorf:

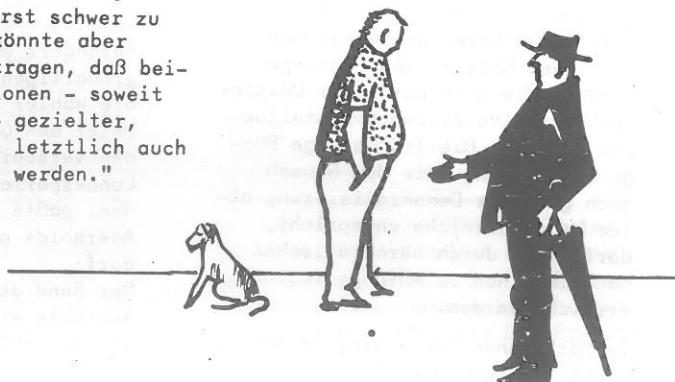
Der Bund der Steuerzahler nämlich schickte ein gläsernes Sparschwein, und die SPD-Fraktion wählte Dieter Aderhold zum Vorsitzenden eines ihrer 19 Arbeitskreise und zum Fraktionssprecher für das betreffende Sachgebiet "Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung". Diese Aufgabe, der sich Aderhold neben seinem Einsatz für den hiesigen Wahlkreis besonders intensiv widmen will, wird im Zeichen künftiger Sparmaßnahmen steigende Bedeutung erlangen. Schon als Aderhold in einer früheren Wahlperiode dem Landtag angehörte, war ihm zusammen mit dem Prüfungsausschuß der "Eiserne Steuergroschen" verliehen worden.

An den Steuerzahlerbund schrieb Aderhold jetzt u. a.:

"Das gläserne Sparschwein mit seinem doppeltem Symbolwert soll mir für meine Tätigkeit eine zweifache Mahnung sein: Nicht nur mit den Steuergeldern sparsam umzugehen, sondern auch die Staatsfinanzen durchsichtig zu gestalten. Auf diese Grundsätze zu achten, wird eine wichtige Aufgabe des Gremiums sein, das seit Juni umbenannt ist in "Ausschuß für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung". Eine weitere Überlegung

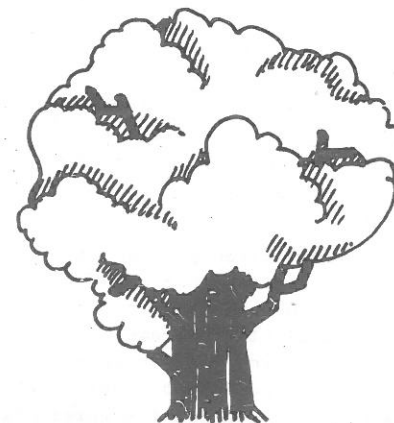


kommt in immer stärkerem Maße hinzu: Wir sollten uns bemühen, zu brauchbaren Formen einer Kontrolle der Wirkungen staatlicher Maßnahmen zu kommen, vor allem auf finanziellem Gebiet. Eine solche Erfolgskontrolle ist zwar äußerst schwer zu verwirklichen, sie könnte aber vielleicht dazu beitragen, daß beispielsweise Subventionen - soweit überhaupt sinnvoll - gezielter, effektiver und damit letztlich auch sparsamer eingesetzt werden."



- Na Willem, wat es dann an diam ol-len Boum te seihen?
- Ja, das is so: als ich in die Schule ging, bin ich immer hier vorbeigekommen, und da stand der olle Baum auch schon da, fast so groß wie jetzt - un nu sall dei schöne Boum afemaket wären, willot im Hiarwest luter souvial Louf dorunger liat! Iek künn hülen, wann iek doran denke!
- Da stand doch mal was in der Zeitung - wollen nicht die Sozis und neuerdings auch die von der FDP 'ne Baumschutzsatzung machen?
- Schlimm genug, dat souwat nödig es! Un dei Schwatten wellt souwie-sou nit so recht metmaken. Das wär ein Eingriff in das private Eigentum, sagen die - hast Du von denen schon mal sowas gehört, wenn Straßen verbreitert und Fabriken vergrößert werden sollen, die mit ihrem Krach und Gestank manchmal auch ganz schön die privaten Eigentümer piesacken können?

- Iek si jo män en ganz dummen Käl, Willem ower vielleicht liat dat doran, dat me an Bäumen nix verdeinen kann - un an de Buggerigge..
- Käl! Hör op - sonst komme ich noch auf die Idee, am 5. Oktober die Grünen zu wählen!
- Willem, mach keinen Quatsch! Sicher reden die Grünen viel über Umweltschutz, ob sie mehr dafür tun könnten, als die Sozis, müßte man mal sehen. Ich hab mir alle Reden von denen angehört und bin ganz dull im Kopp davon geworden - iek glöüwe, dei wet selwer noch nit so recht, wat se wellt. Und ein bißchen haben die Sozis immerhin schon geta: denk nur mal an die vielen Kläranlagen allein hier in der Gegend. Viele Bäche und Flüsse sind schon sauberer geworden, der Rauch von den Stahlwerken muß gefiltert werden, damit die Luft wieder sauber wird - und das soll ja in der Richtung auch so weitergehn. Nä, hör mir



auf mit den Grünen, laß uns man die Sozis wählen und ihnen dann ordentlich auf die Finger kucken und uns auch melden, wenn uns was nicht paßt!

- Melden? Jo, wann dat sou ejnfach wär!
- Wieso denn nicht. Wenn Du den Topmann gewählt hast, kannst Du ihm auch jederzeit schreiben - und der hat sich schon für mancheinen eingesetzt! Oder Du wendest Dich an den SPD-Ortsverein, der hilft Dir dann schon weiter. So einfach ist das!
- Schöün, Willem, ower nu noch ejnt: Worümme sind dann ejgentlik twej Kästken op diam Wohlschien? Iek kann doch blous ejnen wählen?
- Ja, das ist so: Mit der ersten Stimme kannst Du direkt einen Kandidaten wählen, Günter Topmann hier in unserem Stimmbezirk. Mit der zweiten Stimme wählst Du die Partei und bestimmst, wie die Sitze im Bundestag verteilt werden - die Zweitstimme kommt also letzten Endes Helmut Schmidt zugute.
- Und Helmut Schmidt muß Kanzler bleiben - alles klar: am 5. Oktober beide Stimmen für die SPD!

Im Nachtragshaushalt 1980 werden auf Initiative der SPD-Fraktion zum erstenmal Mittel bereitgestellt, um in städtischen Gebäuden Energiesparmaßnahmen durchzuführen (u. a. Wärmerückgewinnung im Hallenbad). Über die Auswirkungen dieser ersten Maßnahmen werden wir ausführlich berichten. Der hier gerade eingeschlagene Weg muß konsequent weiterverfolgt werden!

Weitere 20 Wohnungen sind am Haunerbusch fertig geworden. Sie werden in den nächsten Tagen bezogen. Diese Wohnungen fügen sich nahtlos in das Gesamtkonzept "Seniorenzentrum Haunerbusch" ein. In unmittelbarer Nachbarschaft bzw. im Hause selbst befinden sich die Sozialstation, das Seniorenwohnheim (Fertigstellung 1982) sowie die Seniorenbegünstigungsstätte. Städtebaulich ist dieser Standort für unsere älteren Mitbürger ebenfalls zu begrüßen. Ohne mit dem fließenden Verkehr in Berührung zu kommen, lassen sich von dort in 2-3 Minuten zu Fuß das EKZ, der Aldi-Markt (Eröffnung 81) die kath. Kirche und die Stadtspar-kasse erreichen. Wir danken dem Träger dieser Einrichtung!

Mit dem Bau des Seniorenwohnheims der AWO am Haunerbusch ist begonnen worden. Mit der Fertigstellung dieses 12-Millionen-DM-Projekts ist in 2 Jahren zu rechnen.



AFA - ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN JETZT AUCH IN KIERSPE

Man hat der Arbeitnehmerschaft in den letzten Jahren oft vorgeworfen, sie sei politisch zu wenig interessiert, zu wenig aktiv - ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt. Vielleicht haben Angst um den Arbeitsplatz, das Bangen um eine sichere Zukunft dazu beigetragen, daß in den SPD-Ortsvereinen gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte seltener in Erscheinung getreten sind, als man es in einer Partei, die immerhin als Arbeiterpartei gegründet worden ist, vermuten und wünschen würde. Die AFA tritt dafür ein, daß das wieder anders wird!

Sie fordert

mehr Demokratie - Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

soziale Gerechtigkeit - gerechtere Vermögensverteilung, Sicherheit im Alter.

mehr Chancengerechtigkeit - mehr Bildungsmöglichkeit nach der Schulentlassung, Gleichberechtigung der gewerblichen Ausbildung, Gleichberechtigung der Frauen in Gesellschaft, Beruf und Familie.

soziale Baugesetzgebung, soziales Bodenrecht.

humane Arbeitsplätze, berufsbezogene Gesundheitsvorsorge.

selbstverständlich Fortschritt und Wachstum - aber nicht um den Preis einer weiteren Zerstörung und Vergiftung unserer Umwelt.

Wir möchten unseren Kindern und Enkeln ein Land hinterlassen, in dem man gerne wohnt und eine Gesellschaft, in der sie als freie, mündige Bürger alle Lebensbereiche sozialdarisch und demokratisch mitgestalten können!

Den Konservativen möchten wir das nicht überlassen! Für die CDU-CSU-Wahlplattform sind unsere Forderungen offensichtlich Fremdwörter, das soziale Feigenblatt "Sozialausschüsse" wird je nach Bedarf hervorgeholt und wieder weggesteckt - unter Strauß sicher mehr weggesteckt als hervorgeholt!

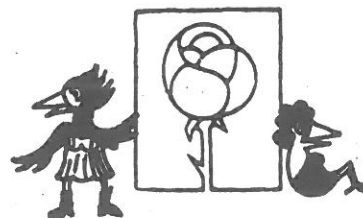
Deshalb rufen wir alle Arbeitnehmer auf:

Am 5. Oktober gibt's nur eins:
Mit Helmut Schmidt in die 80er Jahre - für Sicherheit und sozialen Frieden!

Übrigens: Bei uns kann jeder mitmachen, nicht nur SPD-Mitglieder! Wenn Sie zur nächsten AFA-Veranstaltung eingeladen werden möchten, wenden Sie sich an unsere 3 Vorsitzenden

M. Thobae	EA. Beckers	HD. Lück
Im Park 4	Burg 1	Kuhlen 9
Kierspe 3	Kierspe	Kierspe
02269/7442	02359/3066	02359/3371

Nach unseren Informationen ist es sicher, daß sich im kommenden Jahr zwei weitere Zahnärzte in Kierspe niederlassen werden.



ASF - KIERSPE das sind wir Frauen in der SPD

Im Jahre 1863, als die SPD sich gründete, war die Aufnahme von "Frauenspersonen" in politische Vereine grundsätzlich untersagt. Diese Ungerechtigkeit war für die Sozialdemokraten ein zusätzlicher Anstoß, den Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter aufzunehmen:

1891: die SPD fordert als erste deutsche Partei "gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts".

1918: nach jahrzehntelangem Kampf wird das volle aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt

1921: die SPD setzt sich für das allgemeine Recht der Frauen auf Erwerb ein.

1949: Männer und Frauen sind gleichberechtigt - Diese Forderung wird im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert.

1959: die SPD fordert im Godesberger Programm: Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden.

1969: Die SPD übernimmt Regierungsverantwortung. Sie beginnt - gegen manchen Widerstand der Opposition - ihre Forderungen in die Tat umzusetzen.

1971: die "Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen" wird ins Leben gerufen, um gezielt an dieser Aufgabe mitzuarbeiten.

1975: Die SPD setzt im "Orientierungsrahmen 85" Leitlinien für ihre künftige Politik:
"Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in den eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht."

Vieles ist erreicht -
vieles steht noch aus!

Am 21. Januar 1980 hat sich unsere Gruppe in Kierspe konstituiert. An jedem 1. Mittwoch im Monat treffen wir uns seitdem um 20 Uhr im Eckstübchen, Kierspe-Dorf. Die ASF ist organisatorisch genau so gegliedert wie die SPD: in örtliche Gruppen, Unterbezirke, Bezirke usw. Unsere Gruppe besteht etwa zur Hälfte aus parteiungebundenen Mitgliedern, die aber gleichberechtigt mitarbeiten. Unsere Sprecherin ist Sigrun Wolf, Anne Duffe ihre Stellvertreterin.

Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich die Integration der Frauen in unserer Gesellschaft und Partei zum Ziel. Daraus ergibt sich, daß die Interessen und Forderungen der Frauen in der Partei zur Geltung gebracht werden und hier die Mitarbeit der Frauen verstärkt wird. Die Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes, vor allem beim Zugang zur beruflichen Bildung und dem beruflichen Aufstieg sowie bei Arbeitsbedingungen und sozialer Gleichstellung der Frau, ist eine wichtige Aufgabe.

Durch öffentliche Veranstaltungen und Aktionen möchten wir Kontakt bekommen zu Kiersper Frauen, möchten informieren

ren und Ideen und Vorschläge aufgreifen. Außerdem hoffen wir natürlich, daß sich noch einige Frauen unserer Gruppe anschließen.



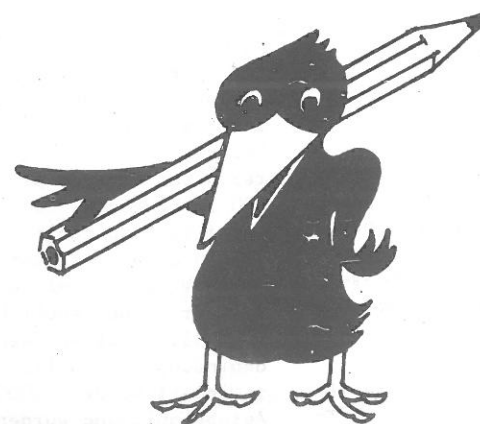
Unsere 1. öffentliche Aktion war der Kleider- und Spielzeug-Tausch-Bazar am 8. 3. 80 in der Gesamtschule. Wir haben uns über die große Beteiligung der Eltern und Kinder sehr gefreut. Theoretisch haben wir wichtige Themen andiskutiert, die wir in den kommenden Monaten aber noch vertiefen wollen. Wir haben uns beschäftigt mit der Problematik der Ausländerkinder. Das Thema Schule für Erziehungsschwierige und Hausaufgabenhilfe für Grundschüler wurde erörtert und nicht zuletzt die Geschichte der Sozialdemokratie. Aus diesen Gesprächen, Anregungen und Diskussionen entstanden auch konkrete Vorstellungen und Vorschläge wie bestimmte Probleme gelöst und bewältigt werden könnten.

Da die ASF militärische Entspannung unterstützt und sich einsetzt für Solidarität mit den Ländern der 3. Welt, für den Frieden überall in der Welt, wird unsere Gruppe auch auf dem "Frauenfriedenstag 80" am 30. August vertreten sein. Für die Monate September und Oktober haben wir übrigens einen 2. Tauschbazar vorgesehen sowie eine öffentliche Veranstaltung im Rahmen des SPD-Ortsvereins mit dem Schwerpunktthema "Familienpolitik".

Am Astenweg ist nun endlich mit den Ausbauarbeiten begonnen worden. Nach Fertigstellung sollen sich Kiersper Bürger einmal an Ort und Stelle davon überzeugen, daß Zeitungsmeldungen, Leserbriefen, "Umweltschmützern" nicht immer Glauben zu schenken ist.



Herausgeber: SPD-Ortsverein
Kierspe
Verantwortlich: Fritz Schmid
1. Vorsitzender
Am Hedberg 21



Viele Menschen in unserem Land halten Politik immer noch für ein schmutziges Geschäft und meinen, daß man mit Parteien möglichst wenig zu tun haben sollte. In Bayern flog eine Schülerin von der Schule, weil sie sichtbar eine Plakette trug mit der Aufschrift "Stoppt Strauß". Das war in Bayern. Aber wie ist es bei uns? In unserer Nachbarstadt Meinerzhagen beschlossen die Vereine, daß sie sich nicht am Stadtfest beteiligen würden, falls auch Parteien mitmachen. Da werden Vorstellungen offenbar, die unserer Demokratie nicht gut tun! Politische Toleranz aber auch Mut zur Politik von uns allen sind notwendig, um das zu halten und auszubauen, was in unserem Land Demokratie bedeutet. Wir wollen niemand verurteilen, aber Franz Josef Strauß ist nun mal sicher nicht der Politiker, von dem man erwarten kann, daß er Ausbau der Demokratie und politische Toleranz sich als oberste Ziele gesetzt hätte. Sein Umgang mit politischen Gegnern zeigt dies ständig.

Dies ist ein Punkt, weshalb wir meinen, daß Strauß nicht Kanzler werden darf! Es gibt andere! Seine politische Freundin, Margret Thatcher, zeigt zur Zeit in England deutlich, was wir von einer Strauß'schen Wirt-

schaftspolitik, serviert vom wirtschaftspolitischen Chefkoch Biedenkopf, zu erwarten hätten: Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Verantwortung mit allen Konsequenzen. Aber die größten Befürchtungen hätten wir vor dem, was wir im Bereich der Sicherheits- und Friedenspolitik an sinnloser und gefährlicher Kraftmeierei zu erwarten hätten. Welch unglaubliche Arroganz steht dahinter, wenn Strauß behauptet, der Einmarsch in Afghanistan wäre verhindert worden, wenn er das Sagen im Kanzleramt gehabt hätte?

Liegt es vielleicht doch nicht so sehr an unseren Mitbürgern selbst, sondern mehr an Politikern wie Strauß, daß man Politik für ein schmutziges Geschäft hält? Viele CDU-Wähler und Mitglieder hoffen mit uns, daß mit dieser Bundestagswahl die Vorstellung ein für alle Mal zu Ende sein wird, Strauß könne Kanzler werden. Dazu brauchen wir Ihre Stimme am 5. Oktober!

Mit freundlichen Grüßen



Fritz Schmid